

ANFRAGE von Bettina Volland (SP, Zürich) und Mario Fehr (SP, Adliswil)

betreffend Abstimmungsverhalten der Beamtenversicherungskasse (BVK) des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Fusion zwischen UBS und Schweizerischem Bankverein (SBV)

Besorgt verfolgt die Bevölkerung den laufenden Konzentrationsprozess im Bankensektor, welcher der Wirtschaftsregion Zürich Tausende von Arbeitsplätzen kostet und Stadt und Kanton Zürich um mehrere Millionen Franken Steuereinnahmen bringt. Auch stellt die Fusion zweier Institute dieser Grösse laut der Aussage von Daniel Zuberbühler, Direktor der Eidgenössischen Bankenkommission (EBK) ein Systemrisiko für die schweizerische Volkswirtschaft dar, da im Falle eines Konkurses die Eidgenossenschaft, resp. die Steuerzahlenden nicht mehr in der Lage wären, die Verluste aufzufangen (Tages-Anzeiger vom 23. Dezember 1997). In dieser Situation ist auch die BVK, welche Milliarden an Vorsorgegeldern von Arbeitnehmenden verwaltet und mit einem grösseren Aktienpaket an der UBS beteiligt ist, gefordert, soziale, politische und volkswirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Die Aktieninhaberinnen der beiden Institute, darunter auch die BVK, werden am 3. und 4. Februar 1998 über die Fusion abstimmen. In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer entscheidet, ob die BVK mit ihrem Aktienpaket der Fusion zwischen UBS und SBV zustimmt oder nicht? Ist dies der Regierungsrat, die Verwaltungskommission der BVK oder deren Anlageausschuss? Wurden die Kompetenzen des Anlageausschusses, wie in der Antwort auf die Anfrage Mario Fehr (KR-Nr.118/96) angekündigt, ausgeweitet?
2. Wird die BVK der Fusion zustimmen oder wird sie sie ablehnen?
3. Nach welchen Kriterien und Überlegungen kommt ein solcher Beschluss zustande?
4. Kennen die Verantwortlichen die Aussagen von Experten, wonach diese Fusion ein Systemrisiko für die schweizerische Volkswirtschaft darstellt, und beziehen sie diese Überlegungen in den Entscheid ein?
5. Wie und zu welchem Zeitpunkt wird die Öffentlichkeit und wie werden die bei der BVK versicherten Personen über das Abstimmungsverhalten ihrer Pensionskasse und deren Beweggründe informiert?
6. Ist der Regierungsrat bereit, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass es - falls die Fusion vollzogen wird - zu keinen Entlassungen kommt?

Bettina Volland
Mario Fehr